Nummer 338

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 1500 Mk. 69. Jahrgang Dienstag, 24. Juli 1923

ERICH MEYERFELD BERLIN BEHRENSTR. 53-54 GRUNDSTÜCKE

Als Beilagen erscheinen: Der tägliche vollständige Kurszettel der Berliner Börse, Zinsschein-Kalender, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, Schiffahrt und Schiffbau, der Handel mit dem Osten und viele andere tabellarische Übersichten

Telegramm-Adr.: „Börsenkrone" | Für Manuskripte übernimmt d. Verlag keine Verantwortung | Unverlangt eingel. Manuskripten ist Rückporto beizufügen | Postscheck-Konto: Berlin 26412

Verantwortl. Leiter: Handelsteil W. Funk, Berlin; Polit. Teil: Inneres P. Steinborn, Schöneberg; Aeußeres Dr. R. Jügler, Berlin; Kunst Wissenschaft u. Lokales: F. Köppen, Bln.-Friedenau; Inseratenteil: H. Ronglewsky, Bln.-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei u. Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigen-Preis: Die 12 gespalt. Zeile 20000 M., Reklameteil 80000 M., Stellungsuchende 8000 M. Bezugs-Preis freibl.: für Monat August 110000 M. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal, Bestellungen werden bei sämtl. Zeitungsspediteuren, unserer Geschäftsstelle und bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches angenommen. Auslands-Bezug nur unter Streifband zulässig; Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im III. Quartal 1923 für Amerika 4 Dollar, Frankreich 45 franz. Francs, Belgien 45 belg. Francs, Schweiz 20 schweiz. Francs, Holland 10 holl. Gulden, Dänemark 20 dän. Kronen, Schweden 15 schwed. Kronen, Norwegen 20 norw. Kronen, England 20 Schilling, Italien 90 Lire, Rumänien 500 rum. Lei, Spanien 25 span. Pesetas, Finnland 150 finn. Mark, Tschechoslowakei 125 tschech. Kronen, Brasilien 40 Milreis, Argentinien 12 Pesos, Serbien 300 Dinar, f. August Oesterreich 150000 M., Ungarn u. Polen 200000 M

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

D. V. P.. Koalition und V. S. P. D.

In den „Frankfurter Nachrichten" war kürzlich ein Artikel erschienen, der das Ausscheiden der Deutschen Volkspartei aus der preußischen Koalition forderte. In einem großangelegten Aufsatz, den die gestrige „Zeit" veröffentlicht, bekämpft der Führer der Partei, Dr. Stresemann, diese Forderung. Er wendet sich allgemein gegen Bestrebungen, in diesem Augenblick, in dem die Feinde ringsum auf den inneren Zerfall Deutschlands warten, parteitaktische Erwägungen in den Vordergrund der Innenpolitik zu stellen. Er geht dann auf das engere Thema ein und sagt:

„Die preußische Koalition ist doch nicht nur eine Bindung und eine Hemmung der Volkspartei an die Sozialdemokratie, sondern eine Bindung und Hemmung der Sozialdemokratie an die mit ihr gemeinsam arbeitende bürgerliche Koalition. Herr Severing hat gewiß einen starken Kampfeswillen. Aber wie falsch ist die Auffassung, daß Herr Severing seinen Kampfeswillen gerade in bezug auf seine Personalpolitik zum Siege führen konnte, weil die Deutsche Volkspartei gehemmt sei. Ich glaube, kein Geheimnis zu verraten, wenn ich sage, daß die preußischen volksparteilichen Minister wiederholentlich vor ihrer Fraktion sich starker Kritik ausgesetzt sahen, wenn es sich um unerfüllte Wünsche oder Hoffnungen bei der Koalitionspolitik handelte. Ich weiß aber ebenso, daß Herr Severing mindestens ebenso oft vor seiner Fraktion Rechenschaft ablegen mußte für Unterlassungen, die angeblich mit Rücksicht auf die Deutsche Volkspartei erfolgt waren. Schiede die Volkspartei aus der Koalition aus, dann würde, namentlich bei dem Ueberwiegen linksdemokratischer Einstellung im Zentrum und in der preußischen demokratischen Fraktion, dem Kampf des Herrn Severing weit weniger Hemmung angelegt sein, als dies gegenwärtig der Fall ist. Wenn wir noch einen großen Teil des alten preußischen Beamtentums in seinen verantwortlichen Aemtern sehen, darunter sehr viele Anhänger der Deutschnationalen Volkspartei, so doch nur deshalb, weil die Deutsche Volkspartei aus grundsätzlichen Erwägungen die Hand schützend über jeden gehalten hat, der sich als Beamter bewährt hat. Die Partei hat keine Personalpolitik im Sinne einer Besetzung freiwerdender Stellen mit volksparteilichen Parteifunktionären getrieben. Sie hat da, wo ihr die Möglichkeit geboten war, ein Amt zu besetzen, stets Wert darauf gelegt, daß der von ihr präsentierte Mann auch die Qualifikation besaß, die ihn befähigte, diesen Platz einzunehmen. Man frage doch einmal die nicht zur Sozialdemokratie, zum Zentrum und zur Demokratischen Partei gehörenden preußischen Beamten, ob sie etwa das Ausscheiden der Volkspartei aus der Koalition wünschten, und man wird nur ein einstimmiges Nein vernehmen."

Der Fall Ehrhardt.

Auf die bekannten Vorwürfe, die die sächsische Regierung gegen die Reichsregierung wegen der Flucht des Kapitäns Ehrhardt richtete, hat die Reichsregierung nur sehr unvollkommen und dilatorisch geantwortet. Der sozialdemokratische „Vorwärts" bringt in seiner gestrigen Abendausgabe eine Zuschrift „von besonderer (wohl von sächsischer. D. Red.) Seite", in der in der Form von Fragen an den Reichsjustizminister Dr. Heinze der kaum verhüllte Vorwurf gegen den Minister erhoben wird, er habe zugunsten Ehrhardts in den Gang der Untersuchung gegen den Inhaftierten eingegriffen. Wir hoffen im Interesse der Autorität der Reichsregierung, daß die zuständigen Stellen sich nunmehr ohne Aufschub und mit umfassenden Beweisen gegen die offenen und versteckten Angriffe in dieser Angelegenheit wenden werden. Schürern des Unfriedens kann nur durch schnelle Darstellung das Handwerk gelegt werden.

Bd **Dresden**, 23. Juli.

Wie die „Dresdner Volkszeitung", offenbar aus Mitteilungen von Regierungsseite, mitteilt, hat die sächsische Regierung schon einige Zeit vor der Flucht des Ehrhardt, als ihr gerüchtweise Nachrichten von seiner Bevorzugung zu Ohren kam, einen Ministerialrat nach Leipzig entsandt, um diesen Dingen nachzugehen. Das Ergebnis der Nachforschungen war aber negativ — nach Vermutung des genannten Blattes infolge unrichtiger Mitteilungen seitens der Gefängnisbeamten. Das Blatt behauptet ferner, der Gefängnisdirektor von Zeschau sei mitschuldig (womit die Theorie der Dresdner Minister, die Reichsbehörden seien schuldig, wieder aufgegeben worden wäre) — irgend einen Beweis kann die Zeitung aber nicht erbringen. Uebrigens sind auch in Dresden vielfach von den Anschlagsäulen die Steckbriefbilder Ehrhardts abgerissen oder mindestens unkenntlich gemacht worden. Die Polizei macht darauf aufmerksam, daß das als Begünstigung bestraft werden könne.

Die neue Goldanleihe.

Die Besprechungen, die gestern, wie bereits mitgeteilt wurde, im Reichsfinanzministerium über die von der Regierung in Aussicht genommene, in Papiermark einzuzahlende Goldanleihe stattfanden, haben noch nicht zu einem Abschluß geführt. Es werden heute im Reichsfinanzministerium interne Besprechungen stattfinden. Auch das Kabinett wird sich noch mit der Frage zu beschäftigen haben.

Beratungen in Paris.

Konferenz am Quai d'Orsay.

Paris, 23. Juli.

Havas teilt mit, daß heute vormittag am Quai d'Orsay eine Konferenz zur Prüfung der englischen Dokumente stattgefunden hat. Außer dem Ministerpräsidenten haben ihr beigewohnt der Direktor im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten und der stellvertretende Direktor der Abteilung des Außenministeriums für Handelsbeziehungen. Havas fügt hinzu, es werde unbedingtes Stillschweigen über den Verlauf der Konferenz bewahrt. Es liege aller Grund zur Annahme vor, daß Poincaré der Brüsseler Regierung auf dem gewöhnlichen Wege seine Ansichten mitteilen werde. Die beiden Regierungen würden sich dann über die zu erteilende Antwort einigen. Der ursprünglich für Donnerstag vorgesehene Ministerrat werde bereits morgen stattfinden, um Poincaré Gelegenheit zu geben, dem Minister von den englischen Dokumenten und seinen Ansichten darüber in Kenntnis zu setzen.

eca **Paris**, 23. Juli.

Morgen wird am Quai d'Orsay unter dem Vorsitz Poincarés ein Kabinettsrat stattfinden, der sich dem „Journal des Debats" zufolge in der Hauptsache mit dem Studium der englischen Note befassen wird. Es ist auch ein Ministerrat unter dem Vorsitz Millerands geplant, dessen Zeitpunkt jedoch noch nicht feststeht. Das „Journal des Debats" glaubt, daß der Meinungsaustausch zwischen Frankreich und Belgien im Anschluß an den morgigen Kabinettsrat an Intensität gewinnen werde, und daß man annehmen könne, daß über die Antwort an die englische Regierung sehr rasch eine Einigung zwischen Paris und Brüssel zustande kommen werde.

Ministerrat in Brüssel.

EP **Paris**, 23. Juli.

Der Korrespondent des „Temps" in Brüssel meldet, daß am Montag nachmittag der belgische Ministerrat zusammentreten wird, um eine erste Prüfung der englischen Dokumente vorzunehmen. In offiziellen Kreisen bewahrt man nach wie vor strengstes Stillschweigen über den Inhalt der englischen Vorschläge, man erklärt aber gleichwohl, daß die belgische Regierung dem Regime der Ruhraktion sowie der Forderung, daß der passive Widerstand eingestellt werden müsse, bevor an Unterhandlungen mit Deutschland gedacht werden könne, treu bleiben werde.

Die belgische Auffassung.

In französischem Licht.

eca **Paris**, 23. Juli.

Der Brüsseler Berichterstatter des „Temps" glaubt in einer längeren Meldung an sein Blatt, die herrschenden Grundzüge der belgischen Politik gegenüber den englischen Dokumenten einerseits und den französischen Forderungen andererseits feststellen zu können. Er erklärt, es sei unbestreitbar, daß man in Brüssel den Prinzipien der französisch-belgischen Ruhraktion treu bleiben wolle und man könne sicher sein, daß man in Brüssel an der Vorbedingung der Aufgabe des passiven Widerstandes festhalte. Andererseits, führt der Korrespondent aus, könne man sich in Brüssel nicht damit einverstanden erklären, daß diese „Unterwerfung" Deutschlands unter gewissen Gegenleistungen oder sogar Verpflichtungen erzielt werden solle, die die Alliierten bei einer Abänderung des Charakters der Besetzung übernehmen sollten. Nach den Ausführungen des Berichterstatters ist der Standpunkt Belgiens der, daß die Rückkehr zu dem System der „unsichtbaren" Besetzung der ersten Tage auch weiterhin das Ziel bleibe. Jedoch könne nicht die Rede davon sein, daß man sich in diesem Punkte formell binde. Deutschland habe die Bedingungen des Versailler Vertrages verletzt, indem es sich der juristisch begründeten Maßnahme einer berechtigten Besetzung widersetze. Ferner meint der „Temps"-Korrespondent, die Abneigung gegen eine internationale Kommission, die beauftragt sei, die Zahlungsfähigkeit Deutschlands festzustellen, herrsche in Brüssel immer noch. Es sei die Ansicht der maßgebenden Persönlichkeiten, daß man unter den augenblicklichen Verhältnissen kein vernünftiges Urteil über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands abgeben könne, und daß es infolgedessen durchaus vorzuziehen wäre, wenn man sich bemühe, die Zahlungen von Jahresleistungen, die aus produktiven Einnahmequellen sichergestellt sind, zu organisieren. Dieses schließe jedoch in keiner Weise die Regelung dieser Punkte des Reparationsproblems aus, die geeignet wären, eine allgemeine Lösung der Frage zu erleichtern.

Was Havas wünscht.

Die Pariser Blätter veröffentlichen eine Havasdepesche aus Berlin, in der es heißt, daß England die Absicht habe, eine Note nach Berlin abzusenden, worin Deutschland zur Aufgabe des passiven Widerstandes aufgefordert werde. Komme Deutschland dieser Aufforderung nach, so würde der Charakter der Ruhrbesetzung geändert werden und an die Stelle der militärischen Besetzung würde eine Zivilkontrolle unter der Teilnahme Englands treten. Die Kohlenförderung würde kontrolliert werden. Ein Teil könnte zur Wiederaufrichtung Deutschlands, der andere für die Reparationen dienen. Auch eine internationale Anleihe würde aufgenommen werden, von der ein Teil für die Gesundung der Finanzen Deutschlands, der andere für die Reparationen verwendet werden solle. Deutschland solle ein vierjähriges Moratorium gewährt werden. Der Mindestsatz der Reparationssumme solle 40 Milliarden Goldmark betragen. Die Reparationsfrage wolle man noch vor November lösen, um den Zusammenbruch Deutschlands und damit Europas zu vermeiden. Die Frage der militärischen Sicherheiten für Frankreich und das Projekt, das linke Rheinufer in einen autonomen Staat innerhalb des Reiches umzuwandeln, sei nicht in den Vordergrund der Beratungen getreten.

*

Sollte Havas — was wir im Augenblick nicht nachzuprüfen vermögen — tatsächlich eine derartige Meldung verbreitet haben, so steht ohne weiteres fest, daß sie aus sehr durchsichtigen Gründen lanciert wurde und zweifellos nicht aus Berlin stammt. Irgendwelche Anzeichen für eine derartige Haltung Englands, wie sie Havas offenbar gern sähe, liegen nicht vor. Es muß als außerordentlich unwahrscheinlich bezeichnet werden, daß England derartige Absichten hegt.

Ein französisches Eingeständnis.

EE **Paris**, 23. Juli.

Beim Kongreß der französischen Reserve-Offiziere in Reims hielt der frühere Kriegsminister André Lefèvre eine Rede, worin er erklärte, daß die **Besetzung der Ruhr schon vor zwei Jahren von Frankreich vorgesehen** worden sei. Frankreich könne von gewissen Alliierten nicht verstanden werden, denen nur ein paar Schiffe in den Grund gebohrt worden seien. Amerika könne mit seinem übertriebenen Idealismus Frankreich ebenfalls nicht verstehen und finde es langweilig, daß Frankreich beständig von Geldbedürfnissen rede. Seit dem 5. Oktober funktioniere die Mission Nollet in Deutschland nicht mehr. Seit dieser Zeit habe Deutschland von neuem Schiffe und Flugzeuge gebaut. Deutschland wolle nicht bezahlen und Frankreich müsse sich deshalb vorbereiten. „Seid gewiß, daß diejenigen unter Euch, die am letzten Krieg teilgenommen haben, auch beim nächsten Kriege dabei sein werden." Der Kongreß nahm darauf eine Entschließung an, worin die Ruhraktion gebilligt wird.

Abrüstungsdebatte im Unterhaus.

London, 23. Juli.

Im Unterhaus brachte heute nachmittag der Arbeiterführer Ramsay Macdonald unter lautem Beifall seiner Parteifreunde eine Entschließung zugunsten der Abrüstung ein. Sie besagt, das Unterhaus beklage die riesigen und zunehmenden Ausgaben für die Streitkräfte zur See und in der Luft und andere militärische Vorbereitungen, die wieder den Beginn des Rüstungswettbewerbes bedeuten und Mittel verbrauchten, die für Unterricht, Gesundheitswesen und ähnliche soziale und humane Zwecke verwendet werden sollten. Sie erinnert an die Versprechungen politischer Führer und an die Erwartungen der Nation, daß der große Weltkrieg der letzte Krieg sein sollte. Die Entschließung fordert die Regierung auf, unverzüglich Schritte zu tun, um eine internationale Konferenz einzuberufen, damit diese ein Programm nationaler Sicherheit erwäge, das von der Grundlage auszugehen hätte, daß der Friede und die Freiheit der kleinen und großen Nationen nur durch Abrüstung gesichert werden könne. Macdonald erklärt in seiner Begründung, es sei tief beklagenswert, daß die Ausgaben, die der Vorbereitung des nächsten Krieges dienten, so riesenhaften Umfang angenommen hätten. Je mehr eine Nation für Verteidigungszwecke ausgebe, umso mehr vernachlässige sie die moralischen und sozialen Pflichten. 1914/15 hätten politische Führer zum Eintritt in das Heer aufgefordert, um mit den Kriegen ein Ende zu machen. Macdonald fragt, ob dieses Versprechen nicht eingehalten werden solle.

Ein offenes Wort.

London, 23. Juli.

Lord Sheffiel sagte in einer Rede bei einer politischen Veranstaltung, die Hauptschwäche der internationalen Stellung Englands sei, daß es einen Vertrauensbruch begangen habe durch den Friedensschluß mit Deutschland auf Grund von Bedingungen, die sich nicht an die 14 Punkte Wilsons hielten. Es sei zu erwarten, daß der Anspruch auf Ersatz der Pensionen für die Soldaten nicht aufrechterhalten werde. Lloyd George habe kürzlich auf sonderbare Weise versucht, diese Forderung zu rechtfertigen, aber tatsächlich sei sie gar nicht zu verteidigen.

Polen und der baltische Bund.

In Riga sind Mitte dieses Monats wieder einmal die Außenminister der baltischen Staaten zusammengetreten. Derartige „Randstaatenkonferenzen" sind ja nicht ganz neu, die letzte ihrer Art fand bekanntlich in Warschau statt, wo Polen sich damals sehr energisch bemühte, einen baltischen Bund unter polnischer Führung zustande zu bringen. Die Spitze dieses Bundes sollte gegen Rußland gerichtet sein und die baltischen Staaten — Litauen immer ausgenommen, das wegen der Wilnafrage Polen schroff ablehnend gegenübersteht — waren durchaus nicht abgeneigt, mit Polen entsprechende Vereinbarungen zu treffen. Das ist begreiflich, denn in den baltischen Staaten sieht man eine gewisse Gefahr immer in Rußland, mag es nun bolschewistisch sein oder nicht, dessen Drang an die Ostsee, wie ein estländisches Blatt unlängst schrieb, „nicht aufgegeben, sondern nur suspendiert" ist. Das finnische Parlament verweigerte dann bekanntlich die Ratifizierung der in Warschau getroffenen Vereinbarungen, die finnische Regierung, die die Vereinbarungen getroffen hatte, mußte zurücktreten und damit war gewissermaßen die Idee eines baltischen Bundes unter polnischer Führung wieder begraben.

Man mußte nun der jetzigen Rigaer Konferenz mit besonderer Aufmerksamkeit entgegensehen, weil man annehmen mußte, daß Polen den alten Gedanken mit Energie weiterverfolgen würde, nur daß nach dem Systemwechsel in Warschau Zweck und Ziel dieses Bundes jetzt vor allem sein mußte Errichtung des berühmten Grenzwalls gegen Deutschland. Das Interesse, das man der Konferenz entgegenbrachte, war aber auch insofern berechtigt, als in Riga zum ersten Male Litauen und Polen gemeinsam am Verhandlungstisch zusammenkommen sollten. Diese Erwartung wurde enttäuscht. Litauen blieb der Konferenz fern. Das halbamtliche Kownoer „Echo" ließ noch einmal die ganze Schärfe des Gegensatzes erkennen, als es schrieb: „Solange Wilna polnisch ist, kann ein litauischer Minister sich nicht an einen Tisch setzen zusammen mit Vertretern Polens." Aber auch unter anderen Umständen hätte die Rigaer Konferenz Litauen nichts bieten können. Bereits in einer ähnlichen Beratung, die Lausanne voranging, räumte Lettland Polen das Recht ein, in Westeuropa den baltischen Vorsitz einzunehmen und im Namen des ganzen Baltikums zu sprechen. Litauen aber zählt sich nicht zu den „verkappten Vasallen Polens". Auch Litauen freilich erstrebt einen baltischen Bund, aber wie aus der letzten Programmrede seines Ministerpräsidenten Galvanauskas hervorgeht, einen baltischen Staatenbund zwischen Finnland, Estland, Lettland und Litauen, zu dem auch die skandinavischen Länder heranzuziehen wären.

Aber nicht nur der litauische Außenminister blieb den Rigaer Besprechungen fern, auch Herr Seyda, der Lenker der polnischen Außenpolitik, verzichtete im letzten Augenblick auf die Reise und entsandte lediglich einen Vertreter: „Dringende Geschäft" ließen Herrn Seyda die Fahrt nicht antreten, aber man geht wohl nicht in der Vermutung fehl, daß Polens Außenminister nicht in Riga ein Fiasko erleben wollte. Die Umstellung der polnischen Außenpolitik hat nämlich im Baltikum starkes Unbehagen ausgelöst. Sehr klar kennzeichnete der „Revaler Bote" die polnische Politik dahin: „Es ist ein öffentliches Geheimnis, daß die Außenpolitik der polnischen Rechten darauf ausgeht, mit Rußland einen Ausgleich zu schaffen, um gegen Deutschland aktiv vorzugehen. Es ist weiter kein Geheimnis, daß diese Verständigung mit Rußland, die natürlich wirklich erst akut werden wird, sobald der Bolschewismus in Rußland nicht mehr an der Macht ist ist, darauf ausgeht, als Kompensationsobjekt die baltischen Staaten zu benutzen, und sie zwischen Rußland und Polen zu teilen, wobei die Einbeziehung Rigas in den polnischen Einfluß durchaus in das Programm der polnischen Rechten gehört." Außerordentlich begreiflich, daß unter solchen Umständen in den Randstatten die Neigung zu einem Zusammengehen mit Polen nicht eben wächst. Die baltischen Außenminister waren aber auch wenig erbaut, daß ihr polnischer Kollege der Einladung nicht Folge leistete, sondern nur einen Vertreter entsandte. Der estländische Außenminister Hellat konstatierte Journalisten gegenüber, daß die Konferenz „im Zeichen einer frostigen Stimmung" stand, die bis zum Schluß nicht behoben wurde. „Auch die gerade um diese Zeit", so heißt es in dem Interview, „in einem Teil der polnischen Presse auftauchenden Gerüchte über eine Schwenkung der polnischen Außenpolitik konnten nicht gerade zur Hebung der Stimmung beitragn." In der großen und wichtigen Frage des baltischen Bundes hat daher die Rigaer Konferenz keinen Fortschritt gebracht. Man steht heute im Baltikum der polnischen Politik ein wenig mißtrauisch gegenüber und mit Bedauern mußte das polnische Blatt „Robotnik" in einer Korrespon-

Schlußkurs der Mark in New-York

0,000286.

Hiesige Parität

349650.